

Erbstreit im Mullah-Staat

Beide Konfliktparteien im Iran berufen sich auf das Erbe von Revolutionsführer Chomeini. Doch viele von dessen Nachkommen schlagen sich auf die Seite der Opposition – und geraten ins Visier der Staatsmacht

NAJMEH BOZORGMEHR
UND BENJAMIN DIERKS

Einigen offiziellen Pflichten kann Hassan Chomeini sich nicht verweigern. Als Präsident Mahmud Ahmadinedschad in der vergangenen Woche den Schrein von Ayatollah Ruhollah Chomeini besuchte, war Hassan

dabei. Schließlich war der große iranische Revolutionsführer sein Großvater. Und der Iran begehrt dieser Tage den 31. Jahrestag der Islamischen Revolution. Die Rückkehr Chomeinis aus dem Exil besiegelte im Jahr 1979 den Sturz des Schah-Regimes.

Allerdings blieb der Enkel nur kurz. Als Ahmadinedschad zu seiner Rede ansetzte, verließ Hassan Chomeini das Mausoleum. Er besuchte stattdessen die Familie von Alireza Beheshti, einem Vertrauten von Oppositionsführer Mirhossein Mussawi. Wegen seiner Nähe zu Mussawi sitzt Beheshti im Gefängnis. Die Bilder Chomeinis mit den zwei Töchtern Beheschti auf dem Schoß verbreiteten sich im Iran in Rekordgeschwindigkeit.

Hassan Chomeini ist zum Sinnbild geworden für ein Land, in dem

das Regime mehr und mehr mit seinen Veteranen hadert. Zwischen den Hardlinern um den obersten Führer Ayatollah Ali Chamenei und seinen Gegnern tobt ein Kampf um die wahre Auslegung der Revolution. Beide Seiten beanspruchen das Erbe Chomeinis. Und ausgerechnet dessen Enkel hat sich auf die Seite Mussawis geschlagen. Der 38-Jährige ist ein meist ruhiger, aber treuer Unterstützer der Grünen Bewegung geworden.



Hassan Chomeini, Enkel des Revolutionsführers

An diesem Donnerstag trafen beide Seiten zum Jahrestag der Revolution aufeinander. Das Regime karrte seine Anhänger in die Hauptstadt – und ließ den Protest der Regimegegner gewaltsam unterdrücken. Sogar Sahra Eschraghi, Frauenrechtlerin und Enkelin von Ayatollah Chomeini, wurde vorübergehend festgenommen. Zuvor hatte das Staatsfernsehen Versatzstücke alter Reden Chomeinis so zusammengesetzt, dass es klang, als habe der schon zu Lebzeiten die heutige Opposition kritisiert.

Das war dem Enkel zu viel. Es sei „bedauernd“, dass Vergangenes verzerrt und übertrieben werde, schrieb Hassan Chomeini an Fernsehboss Essatollah Sarghami. Dessen Antwort kam prompt. Warum er denn nicht in gleichem Maße die Opposition kritisiere, fragte Sarghami. Schützenhilfe erhielt er von Hossein Schari-

atmadari, Chef der radikalen Zeitung „Kayhan“: Chomeini habe sich verbündet mit den Oppositionsführern. Lange dürften selbst die familiären Bande zum Revolutionsführer nicht mehr schützen vor dessen selbst ernannten Erben.

Das Regime braucht die ideologische Stütze. Anders ließe sich nicht rechtfertigen, dass Vertraute und Gefährten des Revolutionsführers angegriffen werden. Nicht nur wurden Mussawi, Mitkämpfer Mehdi Karrubi und Unterstützer wie Ex-Präsident Akbar Haschemi Rafsandschani politisch ruhiggestellt. Längst sitzen auch Veteranen wie Behsad Nabavi im Gefängnis. Der saß auch unter dem Schah schon ein. Und Mostafa Tadschadeh, der einst mit Chomeini kämpfte und später in der Regierung saß, wurde im Sommer inhaftiert.

China bestätigt Urteil gegen Regimekritiker



Die USA und die Europäische Union haben die Bestätigung der elfjährigen Gefängnisstrafe für den chinesischen Dissidenten **Liu Xiaobo** scharf kritisiert. „Wir glauben, dass er von vornherein nicht hätte verurteilt werden dürfen, und er sollte umgehend freigelassen werden“, erklärte US-Botschafter Jon Huntsman am Donnerstag in Peking. China müsse das Recht aller Bürger auf freie Meinungsäußerung respektieren, fügte eine US-Diplomatin hinzu. Auch die EU forderte die bedingungslose Freilassung des 54-jährigen ehemaligen Literaturprofessors. Das Oberste Gericht in Peking wies am Donnerstag die Berufung des bekanntesten Dissidenten des Landes zurück. Das Urteil werde nicht aufgehoben oder gekürzt, sagte Lius Anwalt Shang Baojun. Liu war im Dezember zu elf Jahren Gefängnis wegen Untergrabung der Staatsgewalt verurteilt worden. Er ist einer der Verfasser der „Charta 08“, einem Appell für demokratische Reformen in China, und hat die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei kritisiert. 1989 war er eine führende Figur der Studentenproteste. REUTERS

EU schickt Bausoldaten nach Haiti

Außenbeauftragte Ashton kündigt Militäreinsatz an

VON JÖRN PETRING, BRÜSSEL

Die Europäische Union will Soldaten nach Haiti schicken, um noch vor der bevorstehenden Hurrikansaison Unterkünfte in der Erdbebenregion zu bauen. „Der Regierungschef von Haiti und die Vereinten Nationen haben mich gebeten, zusätzlich zu unserer humanitären Unterstützung auch mit einer militärischen Mission zu helfen“, sagte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton gestern am Rande des EU-Sondergipfels in Brüssel.

Ashton äußerte keine Details über den Einsatz, da die Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten noch läuft. In ihrem Umfeld hieß es, dass Transportflugzeuge, Bodenpersonal, Baumaschinen und Zelte entsandt werden. Es fehlten Unterkünfte für rund 100 000 Menschen.

Die USA ist bereits mit einem großen Militäraufgebot in Haiti vertreten. Hilfsorganisationen kritisieren, dass sich zu viele Soldaten im Land befinden. Nach dem Erdbeben am 12. Januar, bei dem über 200 000 Menschen ums Leben kamen, hatte das US-Militär mit Tausenden Soldaten die Kontrolle über den Flughafen in der Hauptstadt Port-Au-Prince und die Koordination von Hilfslieferungen übernommen.

„Die USA haben mit ihren Soldaten in den ersten Wochen nach der Katastrophe sehr gute Arbeit geleistet, vor allem was die Verteilung von Hilfsgütern angeht. Jetzt sollten sie aber abziehen und weniger militärische Präsenz zeigen“, sagte Rainer Lang, Sprecher der Diakonie Katastrophenhilfe. Zu viel Militär wirke bedrückend auf die Haitianer.

Lang fordert, dass die EU statt Soldaten finanzielle Unterstützung schickt – dieses Mal über einen gemeinsamen Topf und besser koordiniert als nach der Tsunami-Katastrophe in Indonesien. Das Geld solle von den Vereinten Nationen verwaltet werden. Bisher haben die 27 Mitgliedsstaaten der EU rund 420 Mio. € für Haiti zugesichert.

Timoschenko spielt auf Zeit

Regierungschefin der Ukraine hält nach Niederlage bei Präsidentenwahl an ihrem Amt fest

VON NILS KREIMEIER, BERLIN

Die ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko hat sich geweigert, nach der Niederlage bei der Präsidentenwahl von ihrem Amt zurückzutreten. Timoschenkos engster Berater und Vizepremier Alexander Turtschinow sagte am Donnerstag, es gebe „keine rechtliche Grundlage für einen Rücktritt der amtierenden Regierung“. Wahlsieger Viktor Janukowitsch hatte die Ministerpräsidentin zuvor mehrfach aufgefordert, ihr Amt aufzugeben.

Timoschenko selbst äußerte sich nicht zu dieser Frage und erkannte auch den Wahlsieg ihres Gegners nach tagelangem Schweigen weiterhin nicht an. Bei einer Kabinettsitzung warf sie Janukowitsch stattdessen vor, er habe im Wahlkampf sozialpolitische Versprechen gemacht, die er nicht einhalten wolle.

Die Hartnäckigkeit Timoschenkos lässt für die kommenden Wochen ein zähes Ringen um die künftige Machtverteilung in der Ukraine erwarten. Dadurch verzögern sich auch Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 16,4 Mrd. \$. Der IWF hatte das von einer schweren Wirtschaftskrise getroffene Land aufgefordert, die Staatsausgaben deutlich einzuschränken.

Angesichts Timoschenkos Verweigerung kann Janukowitsch nur dann eine neue Regierung bilden, wenn es ihm gelingt, eine Mehrheit im Parlament für ein Misstrauensvotum zu gewinnen – was zumindest Zeit in Anspruch nehmen würde. Andernfalls müsste er eine Neuwahl des Parlaments ausrufen. Beobachter gehen davon aus, dass genau dies das längerfristige Ziel Timoschenkos ist. „Mit diesem

Ergebnis im Rücken und ihrem Talent für Kampagnen hätte Timoschenko gute Aussichten bei der nächsten Parlamentswahl“, sagte ein Vertreter des Regierungslagers. Die Frontfrau der Orangen Revolution von 2004 war bei der Stichwahl um das Präsidentenamt nur knapp mit 3,5 Prozentpunkten Abstand unterlegen und hatte zudem sämtliche Wahlbezirke in der West- und Zentralukraine gewonnen.

Parallel verfolgt Timoschenko offenbar das Ziel, die Wahl vom Sonntag formal anzufechten. Mehrere Abgeordnete ihrer Partei BJuT warfen Janukowitsch am Donnerstag erneut massive Wahlfälschung in der von seiner Partei dominierten Ostukraine vor. „Wir werden bis zum Letzten kämpfen“, sagte der BJuT-Abgeordnete Sergej Wlassenko. „Wir haben ausreichend viele Beweise über Verstöße im Osten und Süden der Ukraine.“

Ziel eines solchen Verfahrens dürfte sein, Zeit zu gewinnen und Zweifel an der Legitimität Janukowitschs zu säen. Allerdings hatten die internationalen Wahlbeobachter keine gravierenden Verstöße feststellen können und stattdessen von deutlichen Fortschritten bei der demokratischen Entwicklung der Ukraine gesprochen.

Unterdessen wächst der diplomatische Druck auf Timoschenko, den Weg für eine Machtübergabe frei zu machen. Sowohl EU als auch USA haben ein Interesse daran, die politische Lage in der Ukraine zu stabilisieren. So hat die US-Botschaft in Kiew den Ablauf der Wahl ausdrücklich gelobt. Der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer empfahl Timoschenko, sie solle ihre Niederlage akzeptieren „und eine starke demokratische Opposition gegen den neuen Präsidenten organisieren“, wie er in der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb.

„Wir werden bis zum Letzten kämpfen“

Sergej Wlassenko, Block Timoschenko



Steherkualitäten: Julia Timoschenko, Ministerpräsidentin der Ukraine, bei der gestrigen Kabinettsitzung. Die Verliererin der Präsidentenwahl will ihr Amt behalten

Angst vor Inflation in Asien sinkt

Ein überraschender Rückgang der Inflation in China hat Sorgen wegen einer allzu schnellen Straffung der Geldpolitik gedämpft. Die Lebenshaltungskosten verteuerten sich in den zwölf Monaten bis Januar lediglich um 1,5 Prozent, wie das nationale Statistikamt am Donnerstag mitteilte. Noch im Dezember lag die Jahreststeuerung bei 1,9 Prozent. „Die Daten bedeuten, dass die Geldpolitik im Moment weniger unter Zugzwang stehen“, sagte UBS-Experte Tao Wang. „Wir erwarten aber, dass die Inflationsrate für Februar mit Sicherheit über zwei, vielleicht auch nahe drei Prozent liegt, und deswegen ist der Druck hin zu einer Zinsenerhöhung im zweiten Quartal stark.“ Experten sehen eine Inflation von drei oder vier Prozent als die Grenze an, ab der in China die Geldpolitik eingreifen dürfte. REUTERS

Mogadischus Einwohner fliehen vor Rebellen

In der somalischen Hauptstadt Mogadischu sind zahlreiche Einwohner nach Kämpfen zwischen Soldaten und islamistischen Rebellen auf der Flucht. Bei Raketenbeschuss mehrerer Stadtteile waren seit Mittwoch mindestens 30 Menschen getötet und mehr als 50 verletzt worden, berichtete am Donnerstag der Rundfunksender Radio Shabelle. Die meisten der Opfer seien Zivilisten. In den vergangenen Tagen waren hunderte Kämpfer der radikal-islamischen Al-Shabaab-Miliz nach Mogadischu geströmt, um die dortigen Islamisten zu verstärken. Die Übergangsregierung des gemäßigten Islamisten Sheikh Sharif Ahmed hatte eine Offensive gegen die Milizen angekündigt. Al-Shabaab hat große Teile Somalias vor allem im Süden und im Zentrum des Krisenstaates am Horn von Afrika unter Kontrolle. DPA

Verwaltung in Nairobi bekämpft Geisterbeamte

Eine Beraterfirma soll in der korrupten Stadtverwaltung von Nairobi gründlich aufräumen. Die Behörde befürchtet, dass sich in ihren Büros reichlich „Geisterbeamte“ tummeln – Mitarbeiter, die zwar jeden Monat Geld bekommen, jedoch ohne tatsächlich zu arbeiten. Bis zu 3000 Gehaltszahlungen dürften anschließend hinfällig werden, schätzte ein Sprecher der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung der kenianischen Hauptstadt zählt 12 000 Angestellte. Um die echten und die falschen Mitarbeiter voneinander zu unterscheiden, lässt die Beraterfirma Personalakten, Anstellungsverträge und berufliche Qualifikation prüfen. Nairobis Verwaltung gilt als eine der korruptesten Behörden des ostafrikanischen Landes. Auch der Postenkauf blüht und hat damit zum aufblühenden Verwaltungsapparat beigetragen. DPA

Bis zur letzten Stimme

Die EU-Abgeordneten nehmen die Abstimmung über das Swift-Abkommen ernst. Manche so todernst, dass sie sich sogar aus dem Krankenhaus herbeischleppen

CLAUS HECKING

Alexander Alvaro ist heiser: Wegen des künstlichen Komats, in dem er noch vor zwei Tagen lag. „Es lebe die Pharmaindustrie“, krächzt der FDP-Europaabgeordnete, dann wirft er vier verschiedene Tabletten in ein Glas Wasser

und rührt das Gebräu um. „Ich bin wirklich kein Politikjunkie“, versichert der 35-Jährige. „Aber wenn das Ding wegen meiner Abwesenheit scheitern würde, könnte ich mir das nie verzeihen.“

Seit vier Jahren kämpft Alvaro gegen Swift: das Bankdatenabkommen, das US-Terrorfahndern gestatten würde, Pakete von Finanzinformationen über die Bürger der EU und des Nahen Ostens ohne richterliche Entscheidung abzugreifen. Und dann das: ein übler Bandscheibenvorfall, Muskelkrämpfe im ganzen Körper, mehrere Stunden künstliches Koma – wenige Tage vor der alles entscheidenden Abstimmung.

Alvaro will das nicht akzeptieren. Er hat sich selbst entlassen aus dem Brüsseler Krankenhaus, gegen den Rat der Ärzte, um zur Plenarsitzung nach Straßburg zu fliegen. „Hier kommt es wirklich auf jede Stimme an“, sagt er.

Denn die Front bröckelt kurz vor der Abstimmung. EU-Kommission, einige Regierungen und die USA hatten ihre Stoßtrupps ins Parlament geschickt. Sie sollten die widerspenstigen Abgeordneten umpolen. Vor allem südeuropäische Parlamentarier wechselten daraufhin reihenweise die Fronten. Und die deutschen Christdemokraten, einst so entschlossene Swift-Gegner, befürworten, das Votum

über das Interimsabkommen nochmals zu vertagen, auf März. „Vielleicht sieht dann alles ganz anders aus“, hofft einer.

Es ist 12 Uhr. Alvaro schleppt sich in den Plenarsaal. Der ist voll wie selten. Alle wissen, wie wichtig und wie eng es gleich wird.

12.22 Uhr, Vorentscheidung: Gerade haben die Christdemokraten die Vertagung beantragt. Die Parlamentarier drücken Knöpfe. Das Ergebnis blinkt auf. Ja: 290, Nein: 305. Das Swift-Votum findet also heute statt. Acht Umfaller mehr, alles wäre anders gekommen.

12.23 Uhr, die Entscheidung: Das Parlament kassiert das Abkommen mit klarer Mehrheit ein. „Ein Wun-

der, ein Wunder“, ruft Alvaro. Er springt hoch, fällt einer Fraktionskollegin in die Arme.

Wenig später steht er vor dem Plenarsaal. „Das ist das erste Mal in meinen sechs Jahren“, sagt er ernst, „dass dieses Parlament die Interessen der Bürger auch unter Druck verteidigte.“ Beim neuen Swift-Abkommen werden Alvaro und andere Abgeordneten mitverhandeln: auf Augenhöhe mit den EU-Regierungen und den USA.

In der Cafeteria nebenan klirren die Gläser. Alvaro feiert nicht mit. Er nimmt den nächsten Zug nach Hause. Sein Rücken schmerzt höllisch.

KOMMENTAR | Seite 27